

Liebe Vereinsmitglieder unserer BARMER VersichertenGemeinschaft

Informationen aus dem Verwaltungsrat der Barmer

Die diesjährige Dezember Sitzung fand vom 18.12. - 20.12.2024 in Berlin statt. Das Kernthema Anpassung des Zusatzbeitrages überschattete alle anderen inhaltlichen Themen. Wie sie sicher bereits in der Presse und im Internet erfahren konnten mussten fast alle gesetzlichen Kassen ihren Zusatzbeitrag zum Teil massiv erhöhen. Ursache dafür waren erhebliche Kostensteigerungen im Bereich Krankenhäuser und bei Medikamenten sowie politische Entscheidungen welche die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) finanziell stark belasten.

Der Verwaltungsrat beschloss nach eingehender Beratung und Würdigung der wirtschaftlichen Situation der Barmer den Zusatzbeitrag um 1,1 % auf jetzt 3,29 % zu erhöhen.

Es ist zu erwarten, dass damit für 2025 eine stabile finanzielle Grundlage geschaffen wurde und in diesem Jahr keine weiteren Erhöhungen notwendig sein werden.

Am 19.12.2024 gab es eine erfreuliche Abendveranstaltung mit Sarah Wiener. Es wurden gemeinsam Plätzchen gebacken und viele interessante Gespräche geführt.



Inge Roth, Martina Plöger, Petra Hopf mit Sarah Wiener



Informationen aus dem GKV Spitzenverband

Auf seiner Sitzung hat der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes die folgende Erklärung verabschiedet: Hier eine verkürzte Zusammenfassung

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die soziale Pflegeversicherung (SPV) befinden sich aktuell in einer historisch schwierigen Finanzsituation.

Finanzen von GKV zeitnah stabilisieren

Zentrales Ziel muss es sein, die Beitragsspirale zu durchbrechen.

Dazu gehört, dass Bund und Länder ihrer Finanzierungsverantwortung nachkommen. Die Umsetzung der im letzten Koalitionsvertrag vereinbarten kostendeckenden Beiträge für Bürgergeld-Beziehende und die Dynamisierung des Bundeszuschusses bleiben unerlässlich, um eine verantwortungsgerechte Finanzierung staatlicher Aufgaben sicherzustellen.

Für die Pflegeversicherung hat der Bund aktuell eine Beitragssatzanhebung um 0,2 Prozentpunkte auf den Weg gebracht.

Diese ist als Notfallmaßnahme zur Liquiditätssicherung unbedingt erforderlich – allerdings reicht sie nicht aus, um die Liquidität des Ausgleichsfonds für das Jahr 2025 sicherzustellen. Sie löst auch nicht das grundsätzliche Finanzierungsproblem der Pflege. Notwendig bleibt eine umfassende Pflegereform nach dem Grundsatz der Beitragssatzstabilität.

Mit dem Aus der Ampel-Koalition und den anstehenden Neuwahlen werden viele wichtige Strukturreformen im Gesundheitswesen in die nächste Legislaturperiode verschoben. Dringlich bleibt weiterhin eine Reform der Notfallversorgung. Ein im Bedarfsfall zeitnaher Zugang zur Akutversorgung gehört für Patientinnen und Patienten zu den prioritären Handlungsbedarfen. Im Zuge der Umsetzung der vor dem Inkrafttreten stehenden Krankenhausreform muss eine bedarfsgerecht, qualitäts- und zukunftsorientiert ausgestaltete Versorgung an erster Stelle stehen.

Die gesetzliche Krankenversicherung und soziale Pflegeversicherung müssen zukunftsfest gemacht werden. Es gilt jetzt keine Zeit zu verlieren. Eine weitere Legislaturperiode ohne nennenswerte strukturelle Maßnahmen können sich das Gesundheitswesen und die Pflege nicht leisten. Die Politik muss dabei die Erfahrung und Expertise der sozialen und gemeinsamen Selbstverwaltung einbeziehen.

Sie möchten mehr über die Arbeit der Sozialen Selbstverwaltung erfahren? Kurzfilme zu den letzten Verwaltungsratssitzungen sowie der Mitgliederversammlung des GKV-Spitzenverbandes finden Sie auf unserem YouTube-Kanal: YouTube GKV-Spitzenverband



Informationen aus der DRV Bund

Im ersten Halbjahr noch keine Anpassung des Pflegeversicherungsbeitrages bei Rentenbeziehenden

Der Bundesrat hat der Verordnung zur Anpassung des Beitragssatzes in der sozialen Pflegeversicherung zugestimmt. Damit steigt ab 1. Januar 2025 der Beitragssatz in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte, von bisher 3,4 Prozent auf dann 3,6 Prozent.

Im ersten Halbjahr 2025 wird bei Rentnerinnen und Rentner zunächst noch kein höherer Pflegeversicherungsbeitrag abgeführt werden. Bei ihnen wird die Erhöhung in Umsetzung der Verordnung nachträglich im Rahmen der Rentenanpassung zum 1. Juli 2025 vollzogen. Alle Betroffenen werden hierüber automatisch mit der Rentenanpassungsmitteilung informiert. Der Versand der Mitteilungen erfolgt automatisch voraussichtlich in den Monaten Juni und Juli 2025.

Die Beiträge, die Rentnerinnen und Rentner zahlen müssen, werden von den Trägern der Rentenversicherung direkt an die Pflegeversicherung abgeführt.

Versichertenberaterinnen auf Fortbildung

Unsere beiden Mitglieder Inge Roth und Petra Hopf besuchten im Oktober 1 Woche das Fortbildungsseminar der Deutschen Rentenversicherung Bund in Bad Alexandersbad.



Um eine qualifizierte und professionelle Beratung vor Ort zu gewährleisten ist es wichtig, dass wir uns fortlaufend fortbilden so die Beiden. Wichtige Themen aus dem aktuellen Versicherungsrecht, Pflegen neben der Rente, Krankenversicherung der Rentner, Grundrentenzuschlag, Versorgungsausgleich und viele weitere wichtige Punkte wurden geschult.



Liebe Leserinnen und Leser, ein Beitrag von Achmed Date

die Situation in den Krankenhäusern ist derzeit stark angespannt. Die zunehmende Belastung durch Personalmangel, steigende Kosten und die hohe Nachfrage an medizinischen Leistungen stellt eine erhebliche Herausforderung dar – für die Mitarbeitenden ebenso wie für die Patientinnen und Patienten.

Der akute Fachkräftemangel macht sich besonders in der Pflege bemerkbar. Viele Stationen arbeiten am Limit, und immer häufiger müssen Betten aus Kapazitätsgründen gesperrt werden. Trotz dieser schwierigen Umstände leisten die Beschäftigten in den Kliniken großartige Arbeit. Ihr Engagement und ihre Professionalität verdienen höchste Anerkennung.

Ein weiteres drängendes Problem sind die finanziellen Rahmenbedingungen. Krankenhäuser stehen unter wachsendem Druck, wirtschaftlich zu arbeiten, obwohl dies oft zu Lasten der Versorgung geht. Die Einführung der Krankenhausreform bringt zwar Hoffnung auf Entlastung, aber es braucht schnelle und entschlossene Schritte, um eine nachhaltige Verbesserung zu erzielen.

Dennoch gibt es auch positive Entwicklungen: Die Digitalisierung in der medizinischen Versorgung schreitet voran, und innovative Ansätze in der Patientenversorgung zeigen erste Erfolge. Zudem stärken Kooperationen mit regionalen Partnern – wie der AWO – die Unterstützungsangebote, etwa in der Nachsorge und Betreuung.

Unsere Aufgabe als Gesellschaft ist es, solidarisch zu handeln und uns gemeinsam für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung einzusetzen. Die Politik, die Träger und auch wir als Zivilgesellschaft stehen in der Verantwortung, Lösungen zu finden, die die Menschen entlasten und die Qualität der Versorgung sichern.

Die BARMER VersichertenGemeinschaft -Die Unabhängigen e.V. bleiben dran und setzen uns weiterhin für eine gerechte und menschliche Gesundheitsversorgung ein – in den Krankenhäusern und darüber hinaus. Darauf können sie sich verlassen.



Am 25.01.2025 hat eine außerordentliche Delegiertenversammlung der BARMER VersichertenGemeinschaft – Die Unabhängigen e.V. stattgefunden.

Die Delegiertenversammlung war mit 13 anwesenden Delegierten beschlussfähig.

Die Versammlung verlief in einer angenehmen und von Sachlichkeit geprägten Stimmung. Es gab viele Fragen und alle haben sich an der Diskussion beteiligt.

Die Delegiertenversammlung hat dann nach ausführlicher Aussprache Herrn Klaus-Peter Dehde einstimmig aus dem Vorstand mit sofortiger Wirkung abberufen.

Mit herzlichen Grüßen

Vorstand der Barmer VersichertenGemeinschaft - Die Unabhängigen e.V.

Impressum

Gewerkschaftsunabhängige Interessenvertretung
für Mitglieder, Versicherte, Patienten und
Rentner in den Sozialversicherungen seit 1958 Die Unabhängigen e.V.
Postanschrift Geschäftsstelle: Ilenpool 1, 21354 Bleckede
www.barmer-versicherten-gemeinschaft.de
info@barmer-versicherten-gemeinschaft.de
https://www.facebook.com/versichertengemeinschaft
Bankverbindung: Hypovereinsbank München,
IBAN DE03 7002 0270 6020 118847
Vorsitzende und verantwortlich für den Inhalt:
Katrin von Löwenstein.
Nicht alle Artikel entsprechen der Meinung des Vorstandes